

Brasilien, China, Russland, Indien und Südafrika treffen sich derzeit in China, um über gemeinsame Strategien zu beraten. Doch fehlt den großen Schwellenländern der Zusammenhalt. Die Idee einer neuen Seidenstraße könnte die Kontakte etwa zur EU verbessern.



Chinas Präsident Xi Jinping bei seiner Eröffnungsrede zum BRICS-Gipfel am Sonntag. China will seiner selbst ernannten Anführerrolle gerecht werden.

Foto: AFP/Mark Schiefelbein

China will die Schwellenländer anführen

Staatschef Xi Jinping macht BRICS-Gipfel in Xiamen zu seiner Bühne

In China tagen derzeit die fünf größten Schwellenländer, die sich zur BRICS zusammengeschlossen haben. Doch die Interessen sind keineswegs immer ähnlich, zudem rücken andere Länder auf.

Von Finn Mayer-Kuckuk, Peking

Der Gipfel der wichtigsten Schwellenländer hat sein wichtigstes Ergebnis bereits erzielt, bevor er begonnen hat. Soldaten aus China und Indien standen sich in den vergangenen zwei Monaten in einem umstrittenen Grenzgebiet gegenüber; die Drohungen gewannen an Schärfe. Doch kurz vor dem Treffen der Staatschefs raufte sich beide Seiten zusammen, um den Erfolg des hochkarätigen Ereignisses nicht zu gefährden. »Der Besuch des indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi in China bietet eine Chance, die Spannungen im Dialog zu lösen«, sagt Regionalexperte Rajiv Biswas vom Forschungshaus IHS Markit.

Von Sonntag bis Dienstag findet in der chinesischen Küstenstadt Xiamen der BRICS-Gipfel statt. BRICS steht für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika: eine Gruppe von Län-

dern, die derzeit 23 Prozent der Weltwirtschaft ausmacht und 50 Prozent des globalen Wachstums erzeugt. Vier von zehn Bewohnern des Planeten leben in BRICS-Staaten. Durch die Größe haben sie erheblichen Einfluss auf das Geschehen in ihrer jeweiligen Weltgegend. Ihre Staatschefs treffen sich bereits zum neunten Mal, um gemeinsame Interessen und Probleme zu besprechen.

Doch tatsächlich halten sich die Gemeinsamkeiten in Grenzen. Während China und Indien im ersten Halbjahr um mehr als sechs Prozent gewachsen sind, stagnieren Brasilien, Russland und Südafrika. Eine Studie des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London zeigt, dass die BRICS nicht einmal besonders viel untereinander handeln – und dass ihre protektionistischen Regeln die Vertiefung des Warenverkehrs weiterhin behindern.

Auch die Stellung auf der Weltbühne ist sehr unterschiedlich: Während Russland und China als Weltmächte erheblichen Einfluss auf andere Länder ausüben, kämpfen die anderen drei BRICS mit zu großen Schwierigkeiten, um weltweit Muskeln spielen lassen zu können.

Chinas Präsident Xi Jinping will diese Lage nutzen, um seinen eigenen Einfluss zu vergrößern. Als größtes, reichstes und am meisten respektiertes BRICS-Land positioniert sich China als Anführer dieser Gruppe. Das passt den anderen Mitgliedern zwar nicht, aber sie können wenig dagegen tun: Brasilien und Südafrika kommen nicht ohne Investitionen aus China aus; für Indien ist es Prestigesache, bei den BRICS dabei zu sein. Russland liegt derzeit mit dem Westen über Kreuz und braucht dringend andere Bündnisse, um nicht isoliert dazustehen. Deshalb reist auch Staatschef Waldimir Putin brav zum chinesischen Rivalen nach Xiamen.

Zur Ankunft der Staatschefs am Sonntag hat Xi eine Propagandaoffensive gestartet, die China im Zentrum der BRICS zeigt. »Xi bringt die BRICS durch seinen Weitblick voran«, lobt die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua den chinesischen Staatschef: Den BRICS gebühre in Zeiten globaler Unsicherheit eine Führungsrolle, um Stabilität zu schaffen. China sei bereit, die anderen Mitglieder an seinen erfolgreichen Entwicklungsmodellen teilhaben zu lassen. Xi habe seine ganze

Karriere lang ebenso unermüdlich wie wirksam an der Bekämpfung der Armut gearbeitet. Unter seiner Führung stehe den BRICS eine »strahlende Zukunft« bevor. »Xis Diplomatie bietet Lösungen für globale Probleme«, heißt es ganz bescheiden.

Zumindest einen konkreten Erfolg können die fünf Schwellenländer dieses Mal vorweisen: die New Development Bank, auch genannt BRICS-Bank. Es handelt sich dabei um eine Förderinstitution, die seit einem Jahr nachhaltige Infrastrukturprojekte finanziert. »Ein Meilenstein für die Entwicklung der BRICS«, urteilt Biswas. Die gemeinsame Infrastrukturbank sei das bisher greifbarste Resultat der regelmäßigen Gipfel.

Um die erweiterte Rolle der BRICS zu zeigen, hat Xi zudem erstmals eine Reihe anderer Länder zu dem Gipfel eingeladen – ein Muster, das bereits von den G20-Treffen bekannt ist. Das Projekt nennt er »BRICS Plus«. Er hat Vertreter aus Ägypten, Tadjikistan, Guinea, Thailand und Mexiko dazugebeten. Damit ehrt er Staaten, die in Peking außenpolitisch derzeit hoch im Kurs stehen.

Xi geht mit der Erweiterung des Treffens jedoch auch geschickt auf zunehmende Kritik an der BRICS-Runde ein. Fraglich ist nämlich, warum gerade diese fünf Länder zu BRICS gehören. 2001, als ein Ökonom der US-Bank Goldman Sachs das Wort schuf, standen alle fünf in den Startlöchern zu einer großartigen Entwicklung. Zudem nehmen sie einen großen Teil der Landmasse ein. Auch bedeutet BRIC auf Englisch »Mauerstein«, der Begriff konnte sich schnell verbreiten.

Doch was ist mit Indonesien, der größten Volkswirtschaft in Südostasien, mit 260 Millionen Einwohnern und fünf Prozent Wachstum? Mit Mexiko, das immerhin auf 120 Millionen Einwohner kommt? Auch die Türkei, Chile, Thailand oder Argentinien würden gut in einen Block der Schwellenländer passen. Goldman Sachs hat bereits vor zwei Jahren ihren BRICS-Investmentfonds aufgegeben und durch einen flexibleren Schwellenländer-Fonds ersetzt. Denn die Aktien hatten heftig geschwankt – auch Musterhelfer China hatte eine Börsenkrise – und die Enttäuschungen überwogen die Zuwächse bei weitem. Abzuwarten ist, ob sich durch den aktuellen Gipfel daran etwas ändert.

Russland liegt mit dem Westen über Kreuz und braucht dringend andere Bündnisse, um nicht isoliert dazustehen.

Deutschland fährt auf die Seidenstraße ab

Chinas neue Infrastruktur- und Handelsinitiative ist weit größer als das Fünf-Länder-Bündnis BRICS

Deutschland und die EU sollen gemeinsame Interessen mit der Volksrepublik besser ausloten, fordert ein führender Think-Tank. Die deutsche Wirtschaft freut sich schon auf die Neue Seidenstraße.

Von Hermannus Pfeiffer

Folgsam dreht sich Präsident Xi Jinping den Pressefotografen zu, als Gastgeberin Angela Merkel auf dem G20-Gipfel in Hamburg die Mächtigen der Welt darum bittet. Ein smartes Lächeln umspielt seine Lippen. Der Mann gilt für einen Politiker aus Asien als bemerkenswert offen für das Spiel mit den Medien. Und der 64-jährige nimmt dankend die Kontermöglichkeiten an, die ihm die protektionistische Politik von US-Präsident Donald Trump bietet. Kernbotschaft: Wir sind für freien Handel.

So nutzte Xi den Gipfel im Juli auch, um die BRICS-Konferenz mit den anderen großen Schwellenländern Brasilien, Russland, Indien und Südafrika vorzubereiten, die seit Sonntag in Xiamen tagt. Zwei Stichworte spulden Chinas Offizielle und Inoffizielle in den Hamburger Messehallen ständig ab: offene Volkswirtschaft und »Belt-and-Road-Initiative«. Bei letzterer geht es um den Aufbau eines interkontinentalen Infrastrukturnetzes zwischen Asien, Europa und Afrika zu Wasser und zu Lande. Bei der Neuen Seidenstraße geht es nicht allein um Handelsströme. Die Länder entlang der Route sollen auch ihre Wirtschaft flottmachen, mit Chinas Hilfe und unter seiner Führung.

Während seit Beginn dieses Jahrzehnts bilaterale und regionale Abkommen die globale Handelspolitik dominieren, geht es Peking um ein multinationales Projekt. Damit liegt

die Volksrepublik eigentlich auf dem Kurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Vor diesem Hintergrund erscheinen Xis wichtigste Treffen in Hamburg wie an der Perlschnur aufgereiht: Partnerschaften in Asien wurden ergänzt um den strategischen Korridor Russland-Deutschland-Großbritannien – auf der britischen Insel soll dereinst die Haupttroute der Neuen Seidenstraße enden. Dabei bietet China seinen Mitspielern viel an: steigendes Handelsvolumen, Finanzierung und Bau von Infrastrukturprojekten, wirtschaftspolitische Kooperation. Wobei viele das Treiben mit Argusaugen verfolgen.

Das tut auch die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), ein führender Think-Tank für die deutsche Bundespolitik. »Mit der Seidenstraßeninitiative möchte China sowohl seine internationale Legitimität stärken als auch seine geopolitische Macht aus-

bauen«, meint Sebastian Schiek von der »Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien« der Stiftung. Zentrales Element der Initiative sei der schnelle Gütertransport. Dazu müsste sich nach Pekings Auffassung vornehmlich im Nadelöhr Zentralasien einiges ändern. Von Partnerländern wie Kasachstan und Usbekistan fordert die chinesische Regierung deshalb Reformen und regionale Kooperationen ein.

Deutschland und die EU könnten hier ihr Wissen aus einer langjährigen institutionalisierten Zusammenarbeit in der Region einbringen, genauer gesagt aus ihrem Projekt zu Grenzreformen. »Die Chancen für einen Wandel in Zentralasien stehen heute weitaus besser als früher«, schreibt Schiek in einer aktuellen Studie. Die fünf Staaten seien wirtschaftlich an ihre Grenzen gestoßen.

Das Seidenstraßenprojekt trifft auch andere deutsche Interessen:

»Für Deutschland und die EU könnte es sich lohnen zu diskutieren, welche gemeinsamen Interessen mit China bestehen«, fordert Schiek. Wie lassen sich solche Gemeinsamkeiten nutzen, um Reformen wie in Zentralasien im eigenen Sinne zu beeinflussen?

Einen Sonderstatus genießt das Reich der Mitte schon in der »Stadt der Brücken«, wie Xi Hamburg nennt. Ohne den Ausbau Chinas zur Werkbank der Welt wäre der Boom des größten deutschen Hafens in den zurückliegenden Jahrzehnten unmöglich gewesen. Heute wird ein Drittel des Containerumschlags mit China abgewickelt. Mehr als 500 Firmen aus der Volksrepublik arbeiten in der Hansestadt. »Hamburg gilt als Chinas Tor zum europäischen Markt und umgekehrt«, heißt es in der Handelskammer, die die Seidenstraßeninitiative positiv sieht.

Auf seiner Deutschland-Tour hatte Xi auch Duisburg besucht. Im weltgrößten Binnenhafen soll eine weitere Seidenstraßenroute enden. Zugleich baut die Hafengesellschaft Duisport an der Grenze zu Kasachstan den größten Umschlagplatz Chinas auf.

Auch der deutsche Industrieverband BDI begrüßt das Seidenstraßenprojekt, fordert jedoch, dass China als Initiator ebenfalls seinen Markt öffnen solle. Schon jetzt profitieren große deutsche Logistikkonzerne wie die Bahntochter Schenker, Kühne & Nagel oder DHL von neuen Transitschnitten. Und die Energiewirtschaft verspricht sich leichteren Zugang zu Gaslieferanten wie Kasachstan.

Kritiker hingegen befürchten eine noch stärkere Orientierung auf die Exportwirtschaft. Auch könnte China EU-Mitgliedstaaten gegeneinander ausspielen. Solche Stimmen haben aktuell aber wenig Gewicht.